

NACHRICHTEN

Untergrundorganisation stoppt Selbstauflösung

BERLIN: Die fundamentalistische algerische Untergrundorganisation Islamische Armee des Heils (AIS) hat mit der Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes gedroht und ihre bereits eingeleitete Selbstauflösung vorerst gestoppt. Dies verkündete die Auslandsvertretung der verbotenen Islamischen Heilsfront (FIS) in einer Erklärung, die am Montag im Berliner Büro der Nachrichtenagentur AFP einging. Die AIS ist der bewaffnete Arm der FIS. Zur Begründung heisst es in der Erklärung, die algerische Regierung halte sich nicht an die getroffenen Vereinbarungen. Beispielsweise habe sie entgegen allen Absprachen den 200 Kämpfern, die Mitte Dezember ihre Waffen niederlegten und den Untergrund verliessen, die bürgerlichen Rechte nicht wieder zuerkannt. Die FIS rief den algerischen Präsidenten Abdelaziz Bouteflika auf, alles in seiner Macht Stehende zu unternehmen, um den eingeleiteten Friedensprozess «zu einem glücklichen Ende zu führen». Wenn die Vereinbarungen nicht eingehalten würden, «kann dies uns an den Ausgangspunkt zurückführen, was Gott verhüten möge», heisst es weiter in der Erklärung. Bereits in der vergangenen Woche hatte ein AIS-Anführer damit gedroht, die Selbstauflösung der Untergrundgruppe zu stoppen, falls die algerische Armee und die Behörden nicht ihre Zusagen einhielten. Die AIS hält im Prinzip seit dem 1. Oktober 1997 einen Waffenstillstand ein und verkündete im vergangenen Juni, ihre Kämpfer endgültig der staatlichen Kontrolle zu unterstellen. Nach unterschiedlichen Angaben handelt es sich um 800 bis 3000 bewaffnete Männer.

Putin entlässt Jelzin-Tochter als Beraterin

MOSKAU: Russlands Übergangspräsident Wladimir Putin hat am Montag Tatjana Djatschenko, die Tochter von Boris Jelzin, als Beraterin im Kreml entlassen. Putin habe einen ent-



sprechenden Erlass unterzeichnet, wie die Nachrichtenagentur Interfax meldete. Djatschenko war seit Jelzins Wiederwahl zum Präsidenten Russlands 1996 die Beraterin ihres Vaters und galt als eine graue Eminenz im Kreml. Russische Medien hatten Djatschenko und dem mit ihr befreundeten Geschäftsmann Boris Beresowski grossen Einfluss auf die Entscheidungen Jelzins nachgesagt. Zugleich entliess Putin den bisherigen Sprecher Jelzins, Dmitri Jakuschkin, sowie die stellvertretenden Verwaltungsleiter, Wladimir Schewtschenko, Waleri Sementschenko und Wladimir Makarow. Schewtschenko und Sementschenko seien zu Beratern Putins ernannt worden, meldete Itar-Tass unter Berufung auf den Kreml-Pressedienst. Kreml-Stabschef Alexander Woloschin, der sein Amt behielt, habe Jakuschkin zum Berater der Präsidentenverwaltung ernannt. Jelzin war am Silvestertag 1999 überraschend zurückgetreten. Bis zur Präsidentschaftswahl im März wird Putin die Ämter des Regierungs- und Staatschefs parallel ausüben. Putin werden die grössten Chancen bei der vorgezogenen Neuwahl des russischen Präsidenten eingeräumt.

ETA-Mitglieder festgenommen

BILBAO: Die Polizei hat in Nordspanien drei mutmassliche Mitglieder der baskischen Separatistenorganisation ETA festgenommen. Die Männer waren gerade dabei, mit einer Autobombe einen Anschlag auf einen Mannschaftswagen der Guardia Civil vorzubereiten. Dies teilten die Sicherheitskräfte am Montag mit. Zwei der Verhafteten wurden am Montag in Bascari von einer Zivilstreife der Polizei gestoppt. Sie hatten ein Auto mit Waffengewalt geraubt und den Fahrer an einen Baum gefesselt. Beide waren bewaffnet, leisteten aber keinen Widerstand. In der nahe gelegenen Industriestadt Bilbao entdeckten Polizeibeamte in einer Wohnung ein Waffen- und Sprengstoffversteck der ETA. Sie stellten Granaten, Haftbomben und Materialien zur Produktion von Sprengsätzen sicher. Dort wurde ein dritter Verdächtiger festgenommen.

Offizielle Ermittlungen gegen Ex-Bundeskanzler Kohl

CDU weist Vorwürfe wegen Fraktionszahlungen zurück

BERLIN: In der Parteispendenaffäre ermittelt die Staatsanwaltschaft Bonn seit Montag offiziell gegen den früheren Bundeskanzler und CDU-Vorsitzenden Helmut Kohl. Dies teilte der Sprecher der Behörde, Bernd König, mit.

Dem alt Kanzler wird Untreue gegenüber seiner Partei vorgeworfen. Wie lange die Ermittlungen gegen Kohl dauern werden, ist nach Angaben der Staatsanwaltschaft offen.

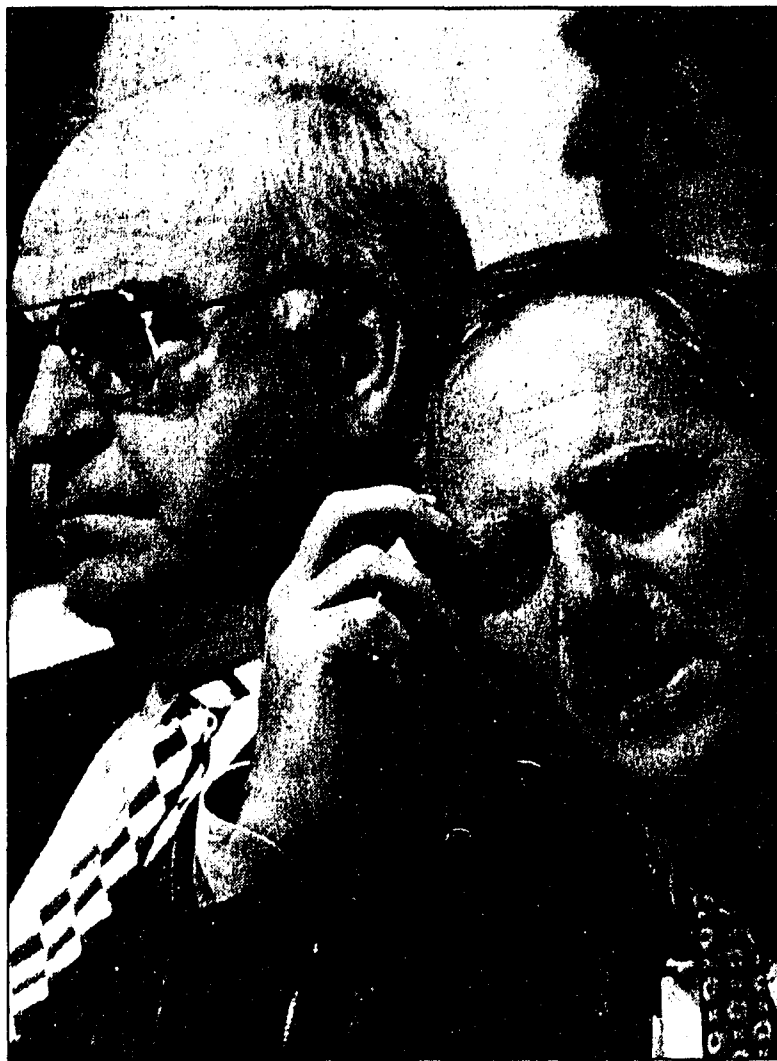
Der Anfangsverdacht der Untreue stützt sich vor allem auf Kohls Aussagen, er habe zwischen 1993 und 1998 von anonymen Spendern 1,5 bis zwei Millionen Mark in bar erhalten und auf Geheimkonten deponiert.

Der CDU drohen wegen des Verhaltens Kohls erhebliche Rückzahlungs-Forderungen. Dies begründet auch den Verdacht der Untreue. Die Partei hat bereits Rückstellungen von 7,3 Millionen Mark vorgenommen.

Schäuble in Bedrängnis

Im Zuge der Affäre geriet jetzt auch Kohls Nachfolger im Amt des CDU-Parteichefs, Wolfgang Schäuble, in Bedrängnis. Politiker der regierenden Sozialdemokraten (SPD) und Grüne verlangten von Schäuble, der auch die Parlamentsfraktion der CDU leitet, klare Angaben über eine Zahlung von 1,15 Millionen Mark der Fraktion an die Partei 1997.

Das Geld war damals bar der Partei übergeben worden und zunächst in Geheimkassen geflossen. Spenden von Parlaments-Fraktionen an eine Partei sind nach dem deut-



Ex-Bundeskanzler Helmut Kohl (links) und CDU-Parteichef Wolfgang Schäuble, aufgenommen in Hannover am 22. Oktober. In der Parteispendenaffäre kommt nach Helmut Kohl nun auch Wolfgang Schäuble zunehmend unter Druck. (Bild: Keystone)

schen Parteien-Gesetz nicht erlaubt.

CDU weist Vorwürfe zurück

Die CDU wies unterdessen Vorwürfe zurück, Zahlungen von 1,15

Millionen Mark aus der Unions-Bundestagsfraktion an die Partei seien illegal gewesen. Der Grünen-Politiker Hans-Christian Ströbele sprach dagegen von Gesetzesverstössen.

Der CDU-Obmann im Spenden-Untersuchungsausschuss, Andreas Schmidt, äusserte die Erwartung, bei dem Ermittlungsverfahren gegen Kohl würden keine strafbaren Handlungen des Ex-Kanzlers herauskommen. «Es wird keine Anklage erhoben werden», sagte Schmidt voraus.

Der Untersuchungsausschuss soll klären, ob Spenden das Regierungshandeln in der Amtszeit des CDU-Ehrenvorsitzenden Kohl als Kanzler beeinflusst haben.

Aus der inzwischen von der CDU vorgelegten Neufassung ihres Rechenschaftsberichts für 1998 geht hervor, dass zwischen 1993 und 1998 sogar rund 2,43 Millionen Mark von «ungeklärter Herkunft» an die Partei flossen. Sollte die Staatsanwaltschaft Anklage gegen Kohl erheben wollen, müsste der Bundestag dazu dessen Abgeordneten-Immunität aufheben.

Keine öffentliche Gelder

Zum Transfer der Fraktionsgelder an die CDU sagte Schmidt in der ARD, es handle sich dabei nicht um öffentliche Mittel. Vielmehr hätten CDU-Abgeordnete Beiträge aus ihrem versteuerten Einkommen in die Fraktionskasse eingezahlt.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Peter Ramsauer, sagte der «Bild»-Zeitung vom Montag, die CSU-Abgeordneten hätten mit den Transaktionen «nichts zu tun». Es handele sich nur um einen Fonds der CDU-Abgeordneten». SPD-Generalsekretär Franz Müntefering und Grünen-Bundesgeschäftsführer Reinhard Bütikofer betonten, dass bei ihnen keine Fraktionsgelder an die Partei gegangen seien.

Zwei Tote bei Granatanschlag

Russische Botschaft in Libanon angegriffen: Hintergrund zunächst unklar

BEIRUT: Libanesischer Sicherheitskräfte haben am Montag einen Angriff auf die russische Botschaft in Beirut gewaltsam beendet. Dabei wurden der Täter und ein Polizist getötet. Mehrere Personen wurden verletzt. Eine als Geisel genommene Frau wurde unversehr befreit.

Im Botschaftsgebäude selbst gab es keine Opfer. Der Hintergrund des Anschlags war unklar. Der russische Konsul in Beirut bezeichnete den Zwischenfall als «gezielten Angriff auf die Botschaft». «Das Botschaftsgebäude wurde gezielt unter Beschuss genommen», sagte Konsul Igor Milowidow.

Nach Informationen des staatlichen libanesischen Fernsehens handelte es sich beim getöteten Attentäter um einen Palästinenser, der «als Märtyrer für Grosny» sterben wollte. Darauf weise ein Schreiben hin, das er in seiner Tasche gehabt habe. Für eine solche Verbindung zum Krieg im Kaukasus gab es bis Montagmorgens keine offizielle Bestätigung.

Weiträumig abgesperrt

Die Granaten wurden gegen 12.45 Uhr Ortszeit (11.45 Uhr MEZ) von einer Baustelle abgefeuert, die 20 Meter entfernt von der Botschaft auf der anderen Strassen-seite liegt. Demnach wurde nicht nur die diplomatische Vertretung beschossen, sondern auch eine Kaserne der libanesischen Polizei in der Nachbarschaft.

Anschliessend drangen mehrere Soldaten und eine Elite-Einheit der Polizei in das Gebäude gegenüber



Nach dem Anschlag auf die russische Botschaft in Beirut gibt es strenge Strassenkontrollen. (Bild: Keystone)

der Botschaft ein und töteten den mutmasslichen Schützen. Libanesischer Sicherheitskreise erklärten, sie gingen von einem Einzeltäter aus. Dennoch wurde das Viertel weiträumig abgesperrt und nach möglichen Komplizen durchsucht.

Kein Bekennerrbrief

Aus libanesischen Sicherheitskreisen verlautete, dass es sich beim getöteten Attentäter um einen 30-jährigen Palästinenser handle. Ausser dem Schreiben, das nach TV-Informationen bei dem mutmasslichen Schützen gefunden wurde, gab

es keinen Bekennerrbrief oder ähnliche Hinweise auf die Täter. Militante Moslems haben in der Vergangenheit in Beirut gegen den Feldzug Moskaus demonstriert und für die tschetschenischen Rebellen Geld gesammelt. Möglicherweise steht die Tat aber auch in Zusammenhang mit dem Vorgehen der libanesischen Armee gegen moslemische Fundamentalisten im Norden des Landes.

Dabei waren nach amtlichen Angaben vier Fundamentalisten und neun Soldaten getötet worden. Mindestens 45 mutmassliche Aufständische waren verhaftet worden.

20 Tote in Oberägypten

KAIRO: Bei den jüngsten Zusammenstössen zwischen ägyptischen Christen und Moslems am 20. Januar sind im Wochenende mindestens 20 Menschen getötet worden. 25 weitere Beteiligte sind als Folge einer Bombenexplosion im Dorf al-Kascha im Juli 2000 im südlichen vorstädtischen Bereich verstorben. Dies teilte das ägyptische Innenministerium am Montag mit. Bei den meisten Opfern handelt es sich nach Augenzeugenberichten um Christen. Wie das Innenministerium weiter bekannt gab, waren die Unruhen auch auf zwei benachbarte Dörfer übersprungen. Als Folge seien insgesamt 23 Häuser und zwei Autos in Flammen aufgegangen. Über die Dörfer in der Provinz Sohag ist der Ausnahmezustand verhängt worden. Am 1. Januar hatten ägyptische Razzien in allen Häusern und beschlagnahmten Waffen. Die Unruhen brachen nach Parzellierung des Innenministeriums aus nachdem ein verunglückter Freitag die Familien eines moslemischen und eines christlichen Händlers in Streit gerieten waren. Beim folgenden Schusswechsel starben drei christliche Passanten die zu den getöteten Familien gehörten, weitere wurden nach dem Bombenanschlag verletzt. Die Razzien wurden am 2. Januar in der ägyptischen Provinz Sohag durch den ägyptischen Präsidenten Hosni Mubarak gestoppt und die Streitkräfte gegen moslemische Nachbarn wurden. Die christlichen Familien der Wachen